AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2024

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen 1

EU-Ratspräsidentschaft turnusgemäß durch Ungarn übernommen 1
EU-Rat und EU-Parlament haben Ursula von der Leyen erneut zur Kommissionspräsidentin bestimmt 1
EU-Kommission verklagt Deutschland wegen des bayerischen Systems für Familienleistungen 1
EU-Kommission: Meta verletzt Wettbewerbsregeln mit „Pay oder Okay"-Modell 1
EESC: Stellungnahme zu sexuellem Kindesmissbrauch im Internet 2
EU-Ministerrat EPSCO billigt soziale Aspekte der länderspezifischen Empfehlungen 2
Europäischer Gerichtshof rügt zu kurze Klagefristen bei Kündigungen in der Schwangerschaft in Deutschland 2

Nachrichten aus den europäischen Staaten 3

Mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten hat ihren Fortschrittsbericht zur Garantie für Kinder vorgelegt 3
Polen: Gesetzentwurf zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften spaltet Regierungskoalition 3
Schweden: Auch Großeltern können jetzt bezahlte Elternzeit nehmen 3
UK: 7 Labour-Abgeordnete im Streit um Ende des Caps der Sozialleistungen für Kinder suspendiert 4

Weitere Nachrichten 4

143 zivilgesellschaftliche Organisationen fordern Gleichstellung im Fünfjahresprogramm der EU 4
51 zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren Standpunkt des EU-Rats zum Opferschutz 4
COFACE und EAEA fordern Einführung eines Familientests in EU-Bildungsprogrammen 4
COFACE: Policy-Brief zur Unterstützung von Familien im digitalen Zeitalter 5
WHO/UNICEF: Eine halbe Million Kinder in Europa im ersten Lebensjahr nicht vollständig geimpft 5
Erste medizinische Evakuierungsaktion der EU für palästinensische Kinder 5
Verbot von weiblicher Genitalverstümmelung in Gambia bleibt erhalten 5
Eigenes Ministerium in Südkorea zum Problem des Geburtenrückgangs 5
EU gedenkt der Opfer der globalen Klimakrise 6
Ausgabe des FORUMs Jugendhilfe zur europäischen Kinder- und Jugendpolitik 6
AGF: Positionspapier zur geplanten EU-Elternschaftsverordnung 6

Berichte und Studien 6

Eurostat: Armutsrisiko gesunken, Anteil von Personen ohne angemessene Mahlzeit gestiegen 6
WHO: Jugendliche Mädchen sind in alarmierendem Maße von Gewalt in Paarbeziehungen betroffen 7
Pew Research Center: Übersicht der Länder mit gleichgeschlechtlicher Ehe 7
UN: neue Prognose zur Entwicklung der Weltbevölkerung 7

Bevorstehende Veranstaltungen 8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Ratspräsidentschaft turnusgemäß durch Ungarn übernommen

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union ging am 1. Juli von Belgien auf Ungarn über, unter dem Motto „Make Europe Great Again (MEGA)". Ein Programm mit sieben Prioritäten wurde für die halbjährliche Präsidentschaft vorgelegt, darunter der bereits vom Rat vorgesehene New Deal für Wettbewerbsfähigkeit, die Eindämmung „illegaler" Einwanderung sowie demografische Herausforderungen. Familienpolitisch will sich der Vorsitz für die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben einsetzen, für familienfreundlichen Tourismus, die Sicherheit von Spielzeug sowie den Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch, online und offline. Die ungarische Ratspräsidentschaft arbeitet mit den beiden vorigen Ratspräsidentschaften im Dreiervorsitz oder Trio zusammen, also mit Spanien und Belgien.

- Ungarische Ratspräsidentschaft: Prioritäten (auch mit maschineller deutscher Übersetzung)

EU-Rat und EU-Parlament haben Ursula von der Leyen erneut zur Kommissionspräsidentin bestimmt

Nach ihrer Nominierung durch den Rat der Europäischen Union hat das Europäische Parlament Ursula von der Leyen mit 401 von 719 Stimmen für eine zweite Amtszeit zur Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt. In ihrer Rede zur Kandidatur nannte sie als oberste Priorität Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Der "Green Deal" geht in einen "Clean Industrial Deal" über. Das Personal der europäischen Grenz- und Küstenwache soll auf 30 000 verdreifacht und ein gemeinsames Konzept für die Rückführung von Migrant:innen entwickelt werden. Sie schlug einen neuen Aktionsplan für die Einrichtung der Säule sozialer Rechte vor und nannte die Europäische Garantie für Kinder als Errungenschaft. Ein Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum sowie eine Zuständigkeit in der EU-Kommission für Wohnungswesen soll etabliert werden. Ebenso soll es eine:n neue:n EU-Kommissar:in für Generationengerechtigkeit und eine:n für den Mittelmeerraum geben. Eine Roadmap für die Rechte der Frauen soll aufgestellt werden.

Um ihre zweite Amtszeit antreten zu können, bedarf von der Leyen noch der Zustimmung des EU-Parlaments für die gesamte Kommission einschließlich aller Kommissar:innen (Blockwahl). Diese abschließende Entscheidung erfolgt voraussichtlich im Oktober.

EU-Kommission verklagt Deutschland wegen des bayerischen Systems für Familienleistungen

Bayern hat 2018 ein neues System für Familienleistungen eingeführt. Demnach erhalten EU-Staatsangehörige niedrigere Leistungen, wenn sie Kinder bis zu drei Jahren haben, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, in dem die Lebenshaltungskosten unter denen in Bayern liegen. Dies ist nach Auffassung der Kommission diskriminierend und verstoße gegen EU-Recht. Deswegen hatte die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet (s. AGF-EuropaNews 1/23). Nun verklagt die Kommission Deutschland vor dem Gerichtshof der Europäischen Union.

Eine ähnliche Klage hat die Kommission gegen Italien eingereicht.

EU-Kommission: Meta verletzt Wettbewerbsregeln mit „Pay oder Okay"-Modell

Die EU-Kommission hat Meta (Facebook, Instagram und WhatsApp) vorgeworfen, mit seinem Modell „Bezahlen oder Zustimmen" gegen das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act) zu verstoßen. Geldstrafen können

bis zu zehn Prozent des Jahresumsatzes betragen. Das Modell, das im November 2023 eingeführt wurde, gibt Nutzer:innen in der EU die Wahl, entweder der Nutzung ihrer persönlichen Daten für gezielte Werbung zuzustimmen oder für eine werbefreie Erfahrung auf Meta-Plattformen zu bezahlen. Das „Pay-or-Ok"-Modell von Meta biete den Nutzer:innen weder die Möglichkeit, Werbung zu schalten, die weniger personalisierte Daten verwendet, noch könnten die Nutzer:innen frei in die Nutzung ihrer personenbezogenen Daten einwilligen, so die vorläufigen Ergebnisse der Kommission. Wenn ein:e Nutzer:in diese Zustimmung verweigere, sollte sie/er Zugang zu einer weniger personalisierten, aber gleichwertigen und kostenlosen Alternative haben.

EESC: Stellungnahme zu sexuellem Kindesmissbrauch im Internet

Der vom EU-Rat berufene Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC) unterstützt in der Diskussion um die CSA-Richtlinie (s. AGF-EuropaNews 5/24) das Ziel, alle Formen des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern unter Strafe zu stellen. Das gilt einschließlich derjenigen Formen, die durch technologische Entwicklungen (AI) ermöglicht oder erleichtert werden. Der EESC unterstreicht die Bedeutung gemeinsamer Mindeststandards für die Definition von Straftatbeständen und die Schwere der damit verbundenen Strafen, um Straftäter wirksam zu verfolgen und den Schutz der Opfer in der gesamten EU zu gewährleisten. Der EESC fordert, den internationalen Austausch von Daten über den sexuellen Missbrauch und die sexuelle Ausbeutung von Kindern speziell zu regeln und die Möglichkeiten der Vorratsdatenspeicherung in allen Mitgliedstaaten durch den Aufbau einer EU-Forschungsstelle zu erweitern.

- EESC: Combating the sexual abuse and sexual exploitation of children and child pornography

EU-Ministerrat EPSCO billigt soziale Aspekte der länderspezifischen Empfehlungen

Der EU-Ministerrat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherfragen (EPSCO) hat die sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekte der länderspezifischen Empfehlungen sowie die beschäftigungspolitischen Leitlinien des Europäischen Semesters gebilligt. Der sozialpolitische Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf der sozialen Aufwärtskonvergenz – einem Kernelement der europäischen Säule sozialer Rechte. Die Leitlinien behandeln dieses Mal auch erschwinglichen Wohnraum. In den länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland wird empfohlen, 2024 und 2025 Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu reformieren. Der über Steuermittel finanzierte Anteil der Rentenausgaben verringere den finanzpolitischen Spielraum und sei mittlerweile auf über 100 Milliarden Euro angestiegen, fast ein Viertel der Ausgaben des Bundes.

- EU-Rat: 2024 European Semester – Country Specific Recommendations

Europäischer Gerichtshof rügt zu kurze Klagefristen bei Kündigungen in der Schwangerschaft in Deutschland

Es verstößt gegen EU-Recht, dass Schwangere, die erst nach ihrer Kündigung von ihrer Schwangerschaft erfahren, in Deutschland nur binnen zwei Wochen gegen die Kündigung klagen können. Dies entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 27. Juni 2024 auf Vorlage des Arbeitsgerichts Mainz.

- EuGH: Urteil in der Rechtssache C-284/23

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten hat ihren Fortschrittsbericht zur Garantie für Kinder vorgelegt

Mit Bulgarien und den Niederlanden haben nun 15 der 27 Mitgliedstaaten ihren Umsetzungsbericht eingereicht, vier Monate nach dem ursprünglich ins Auge gefassten Termin. Im Zentrum steht die Erfüllung der Nationalen Aktionspläne zur Europäischen Garantie für Kinder (s. AGF-EuropaNews 4/24).

- EU-Kommission: Europäische Garantie für Kinder (dort nach unten zur Aufklappliste „Select ...“ scrollen)

Polen: Gesetzentwurf zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften spaltet Regierungskoalition

Ein Koalitionspartner der Regierung Donald Tusks, die linke Lewica, hat einen Gesetzentwurf zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften vorgelegt. Die Koalition des polnischen Ministerpräsidenten ist über dessen Verabschiedung jedoch gespalten. Nach dem Entwurf hätten Personen in einer zivilen Lebensgemeinschaft unter anderem das Recht auf einen gemeinsamen Nachnamen und ähnliche Rechte bei Finanzämtern wie gemischtgeschlechtliche, verheiratete Paare. Zudem hätten sie das Recht, medizinische Informationen über den / die Partner:in zu erhalten, ihn/sie im Krankenhaus zu besuchen, und ein angestammtes Recht auf dessen Erbschaft. Auch die Kinder des/der Partner:in dürften legal betreut werden, zum Beispiel im Falle dessen Ablebens. Die landwirtschaftlich geprägte Polnische Volkspartei (PSL, EVP), die ebenfalls der Koalition angehört, lehnt einige Elemente des Entwurfs jedoch ab. Władysław Kosiniak-Kamysz, PSL-Vorsitzender und Verteidigungsminister, kündigte an, seine Partei werde das Recht auf Betreuung der Kinder des/der Partner:in nicht billigen. Das Recht auf Erbschaft und medizinische Informationen müsse hingegen diskutiert werden. Polen ist einer der fünf EU-Staaten, zu denen auch Bulgarien, Rumänien, Litauen und die Slowakei gehören, die es gleichgeschlechtlichen Paaren nicht gestatten, ihre Beziehung registrieren zu lassen. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Dezember verpflichtet Polen, das bestehende Gesetz zu ändern.

Schweden: Auch Großeltern können jetzt bezahlte Elternzeit nehmen

Seit dem 1. Juli bekommen schwedische Großeltern für die Betreuung ihrer Enkel Geld sowie eine Freistellung von der Erwerbsarbeit, sofern die Eltern einen entsprechenden Anteil ihres Anspruchs auf die Großeltern übertragen haben. Die Übertragung kann auch an andere Verwandte oder nahestehende Personen erfolgen. Ein Elternpaar kann während des ersten Lebensjahrs eines Kindes bis zu 45 Tage Elterngeld übertragen, Alleinerziehende bis zu 90 Tage. Das Elterngeld richtet sich nach der Höhe des Einkommens (80 % für 12 Monate, max. ca. 1800 €) und steht Eltern pro Kind bis zu 16 Monate lang zu (davon sind 10 Monate frei aufteilbar). Das übertragene Elterngeld richtet sich nach dem Einkommen der Betreuungsperson. Das neue Gesetz gilt als besonders hilfreich für die berufliche Entwicklung von Frauen.

- Försäkringskassan: Föräldrapenning
- Familienportal (BMFSFJ): Können wir auch als Großeltern oder andere Verwandte Elterngeld beantragen?

UK: 7 Labour-Abgeordnete im Streit um Ende des Caps der Sozialleistungen für Kinder suspendiert

Nachdem die Labour-Partei am 4. Juli bei den Wahlen zum Unterhaus 411 von 650 Sitzen errungen hatte, kam es zu einem Streit über ein sozialpolitisches Wahlversprechen. Seit 2013 werden bei der Berechnung von Familien- und Sozialleistungen nur noch maximal zwei Kinder berücksichtigt. Diese Begrenzung betrifft 4,3 Millionen Menschen, vor allem alleinerziehende Frauen und deren Kinder, und soll nun abgeschafft werden. Die neue Regierung ist jedoch der Auffassung, dass eine sofortige Abschaffung nicht finanzierbar sei. Sieben Labour-Abgeordnete schlossen sich einer Forderung der Opposition nach Abschaffung der Obergrenze an. Daraufhin wurden sie für mindestens sechs Monate von ihrer Fraktion suspendiert. Sie werden für diese Zeit als unabhängige Abgeordnete fungieren.

Weitere Nachrichten

143 zivilgesellschaftliche Organisationen fordern Gleichstellung im Fünfjahresprogramm der EU

In das Arbeitsprogramm der neuen EU-Kommission für die nächsten fünf Jahre sollen Gleichstellung und Antidiskriminierung als zentrale Prioritäten aufgenommen werden. So verlangen es 143 zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter ACT, AGE, Amnesty International, Human Rights Watch, pro familia, Save the Children und Terre des Femmes. Gefordert wird unter anderem ein:e neue:r EU-Kommissar:in sowie eine Generaldirektion für Gleichheit und Grundrechte. Der EU-Rat hatte seine Schlussfolgerungen zum Arbeitsprogramm im Juni festgelegt.

- Joint Statement Calling on Incoming EU Leadership to Prioritise Equality and Non-Discrimination

51 zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren Standpunkt des EU-Rats zum Opferschutz

AGE, Eurochild, der Weiße Ring und viele weitere Organisationen werfen dem Ministerrat vor, den Vorschlag der Kommission und des EU-Parlaments zu den Rechten der Opfer von Verbrechen verwässert zu haben (s. AGF-EuropaNews 6/24). Viele Regelungen seien herausgestrichen oder zu Möglichkeiten umgewandelt worden. Das betreffe die sichere Anzeige von Straftaten, gerichtliche Unterstützungsdienste, den Zugang zu medizinischer Versorgung, den Schutz der Privatsphäre, Informations- und Mitwirkungsrechte sowie Rechtsbehelfe. Der Rat wird Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die endgültige Aktualisierung der Richtlinie aufnehmen.

- Joint Statement in Reaction to the Council Position on the Victims' Rights Directive Revision

COFACE und EAEA fordern Einführung eines Familientests in EU-Bildungsprogrammen

Im Rahmen der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur Europäischen Bildungslandschaft fordern COFACE Families Europe und EAEA die Einführung eines „Familientests" in EU-Bildungs- und Ausbildungsprogrammen. Dieser Test soll sicherstellen, dass Programme im Einklang mit der Work-Life-Balance von Familien entwickelt werden, um Eltern und Familienpfleger:innen bei Bedarf zusätzliche Unterstützung zu bieten und flexiblere Bildungs- und Ausbildungsformate anzubieten. Derzeit fehle diese „Familienperspektive" vielen EU-Bildungsprogrammen, was insbesondere Menschen in verwundbaren Situationen betreffe.

- COFACE & EAEA: Making Education Accessible and Inclusive for Families, Parents and Family Carers

COFACE: Policy-Brief zur Unterstützung von Familien im digitalen Zeitalter

In einem von COFACE Families Europe erstellten Kurzdossier wird die Bedeutung digitaler Technologien für Kinder und ihre Familien hervorgehoben und analysiert, ob die bestehenden EU-Rahmenbedingungen sichere digitale Erfahrungen gewährleisten können und ob diese mit einer Familienperspektive verbunden sind. Die politischen Entscheidungsträger:innen in der EU müssten sicherstellen, dass alle Familien Unterstützung und Anleitung beim Zugang zur digitalen Umgebung und bei der sinnvollen Navigation darin erhalten. Der abschließende Abschnitt des Dokuments enthält Kernaussagen und Empfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen in der EU.

- COFACE Families Europe: Supporting Families in the Digital Era; How to ensure Safe and …

WHO/UNICEF: Eine halbe Million Kinder in Europa im ersten Lebensjahr nicht vollständig geimpft

Über 9 Millionen Kinder in der Europäischen WHO-Region haben 2023 alle drei wichtigen ersten Impfdosen gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten (DTP) in ihrem ersten Lebensjahr erhalten. Allerdings hat eine weitere halbe Million Kinder einen oder mehrere dieser ersten wichtigen Bausteine auf dem Weg zum vollständigen Schutz nicht bekommen, so die Schätzungen von WHO/UNICEF. Einige Länder haben trotz der Herausforderungen der Pandemie eine hohe Durchimpfungsrate aufrechterhalten, während andere Länder immer noch darum kämpfen, das jährliche Impfniveau von vor der Pandemie zu erreichen, auch bei Impfstoffen gegen DTP und Masern.

- WHO: Half a million children in the European region are not fully vaccinated

Erste medizinische Evakuierungsaktion der EU für palästinensische Kinder

Am 24. Juli fand die erste von der EU koordinierte medizinische Evakuierung von 16 palästinensischen Kindern und ihren Familienangehörigen von Ägypten nach Spanien statt. Als Reaktion auf die Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens durch die WHO hat die EU die Koordinierung der Maßnahmen zur medizinischen Evakuierung palästinensischer Patient:innen nach Europa umfassend unterstützt. Bislang haben Belgien, Italien, Luxemburg, Malta, Rumänien, die Slowakei und Spanien Hilfe für die medizinische Evakuierung, einschließlich der Behandlung der Patient:innen und des Transports, angeboten.

- EU-Kommission: EU's first medical evacuation operation of Palestinians transfers children ...

Verbot von weiblicher Genitalverstümmelung in Gambia bleibt erhalten

Für weltweites Aufsehen hat ein Antrag zur Aufhebung des Verbots der weiblichen Genitalverstümmelung gesorgt. Das Gambische Parlament hat den Antrag nun mehrheitlich abgelehnt.

Eigenes Ministerium in Südkorea zum Problem des Geburtenrückgangs

Südkorea hat ein neues Ministerium eingerichtet, das sich mit der drohenden Bevölkerungskrise befassen soll, die Premierminister Yoon selbst als einen „nationalen Notfall“ bezeichnet hat. Das Ministerium wird sich mit Fragen der Demografie befassen, etwa mit der Alterung der südkoreanischen Gesellschaft, der Einwanderung, der Arbeitskräfte und der Geburtenrate.

EU gedenkt der Opfer der globalen Klimakrise

Am 15. Juli, dem zweiten jährlichen EU-Tag für die Opfer der globalen Klimakrise, gedachte die EU bei einer Zeremonie in Brüssel in Anwesenheit des Kommissars für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, und Vertreter:innen der belgischen Regierung der Opfer der globalen Klimakrise. Im Jahr 2023 unterzeichneten das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission eine gemeinsame Erklärung zur Einführung eines jährlichen EU-Tags für die Opfer der globalen Klimakrise am 15. Juli jeden Jahres.

Ausgabe des FORUMs Jugendhilfe zur europäischen Kinder- und Jugendpolitik

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat ein Heft ihrer Quartalszeitschrift „FORUM Jugendhilfe" zum Thema europäische Politik für Kinder und Jugendliche herausgegeben. Zu den Themen gehören eine Bestandsaufnahme, Jugendarbeit in Zeiten multipler Krisen, das europäische Asylsystem sowie die Einstellungen und das Wahlverhalten junger Menschen. Ebenso setzt sich Sven Iversen (AGF) mit der Europäischen Garantie für Kinder und dem Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder" auseinander.

- FORUM Jugendhilfe 02/2024 – Europäische Politik für Kinder und Jugendliche (10 € + 2,90 € Versand)
- Aktueller Stand zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder

AGF: Positionspapier zur geplanten EU-Elternschaftsverordnung

Der EU-Rat diskutiert derzeit Vorschläge der EU-Kommission und des EU-Parlaments für eine gegenseitige Anerkennung von Elternschaften in den Mitgliedstaaten. In der öffentlichen Diskussion hierzu bestehen Kontroversen zu gleichgeschlechtlichen Ehen, Adoptionen und der Anerkennung von Leihmutterschaft (s. AGF-EuropaNews 12/23). Die AGF hat zu diesem Thema im Februar ein Fachgespräch veranstaltet und nun ein Positionspapier veröffentlicht. Darin fordert die AGF, dass die Diskussion zu dem Thema sachorientiert vor dem Hintergrund einer pluralen Gesellschaft, in der unterschiedliche Familienformen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion und sexueller Orientierung ihren Platz haben, stattfinden muss.

- AGF: Positionspapier zur geplanten EU-Elternschaftsverordnung
- AGF: Position on the planned EU Parenthood Regulation

Berichte und Studien

Eurostat: Armutsrisiko gesunken, Anteil von Personen ohne angemessene Mahlzeit gestiegen

Die Armutsgefährdungsquote (AROP) ist vorläufigen Schätzungen des EU-Statistikamts zufolge in der EU von 2022 auf 2023 um 0,2 Prozentpunkte gesunken (statistisch nicht signifikant). In Luxemburg und drei weiteren Mitgliedstaaten ist die Armutsgefährdungsquote bei Erwachsenen (18-64 Jahre) signifikant gestiegen, in Litauen und sieben weiteren Ländern gesunken (darunter auch Deutschland). Bei Kindern (unter 18) ist der EU-weite Rückgang der Armutsgefährdungsquote mit 0,8 Prozentpunkten den vorläufigen Berechnungen zufolge deutlicher ausgefallen.

Der Anteil der Personen, die sich nicht mindestens jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder einem „vegetarischen Äquivalent" leisten können, lag 2023 in der EU bei 9,5 %. Dieser Anteil ist von 8,3 % im Jahr 2022 angestiegen. In den 27 Mitgliedstaaten wurde der höchste Anteil in Rumänien (23,3 %) verzeichnet, gefolgt

von Bulgarien (19,9 %) und der Slowakei (17,8 %). Deutschland hat den fünfthöchsten Anteil (13,3 %). Der niedrigste Anteil wurde dagegen in Zypern (1,3 %) festgestellt, gefolgt von Irland (1,6 %) und Portugal (2,3 %). Der Indikator ist Teil der Rate der schweren materiellen und sozialen Entbehrung für die Europäische Säule sozialer Rechte.

Kinder unter 18 Jahren machen 18,0 % der Bevölkerung der EU aus. 62,6 % der Kinder unter drei Jahren in der EU waren 2023 nicht in formeller Kinderbetreuung oder Bildung. 9,5 % der Jugendlichen haben 2023 die Schule oder Ausbildung abgebrochen (11,3 % der Jungen und 7,7 % der Mädchen).

- Eurostat: Flash estimates of income inequalities
- Eurostat: Almost 1 out of 10 in the EU could not afford proper meal (dort Source dataset)
- Eurostat: Discover Eurostat's data on children (July 22)

WHO: Jugendliche Mädchen sind in alarmierendem Maße von Gewalt in Paarbeziehungen betroffen

Von den heranwachsenden Mädchen hat fast ein Viertel (24 %) – also weltweit fast 19 Millionen – bis zu ihrem 20. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt in der Partnerschaft erlebt. Dies geht aus einer neuen Analyse der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hervor, die in der wissenschaftlichen Zeitschrift The Lancet Child & Adolescent Health veröffentlicht wurde. Die am stärksten betroffenen Regionen sind Ozeanien (47 %) und Zentralafrika südlich der Sahara (40 %), während die niedrigsten Raten in Mitteleuropa (10 %) und Zentralasien (11 %) zu verzeichnen sind. Derzeit ist kein Land auf gutem Wege, das Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen bis 2030 zu erreichen. Gewalt in der Partnerschaft kann verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit junger Menschen, ihre schulischen Leistungen, ihre künftigen Beziehungen und ihre Lebensperspektiven haben.

- WHO: Adolescent girls face alarming rates of intimate partner violence
- L. M. Sardinha, I. Yüksel-Kaptanoğ lu, M. Maheu-Giroux et al.: Intimate partner violence against …

Pew Research Center: Übersicht der Länder mit gleichgeschlechtlicher Ehe

Die Übersicht des US-amerikanischen Pew Research Center reicht von der ersten rechtlichen Anerkennung in den Niederlanden im Jahr 2001 bis zu den derzeit 36 Ländern (von 193 weltweit), die Gesetze für eine gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt haben. Das jüngste Land war Taiwan, das erste in Asien, das gleichgeschlechtliche Ehen zuließ. Eine interaktive Tabelle zeigt das Jahr, in dem die Gesetze in Kraft getreten sind, sowie einige wichtige Fakten über den Prozess in den einzelnen Ländern.

- Pew Research Center: Same-Sex Marriage Around the World

UN: neue Prognose zur Entwicklung der Weltbevölkerung

Die Vereinten Nationen haben vorausgesagt, dass die Weltbevölkerung im Jahr 2080 mit etwa 10,3 Milliarden Menschen ihren Höhepunkt erreichen wird. Die derzeitige Bevölkerung von 8,2 Milliarden Menschen wird in den nächsten 60 Jahren auf diesen Höchststand ansteigen und dann bis zum Ende des Jahrhunderts auf 10,2 Milliarden Menschen sinken, heißt es in dem Bericht. Damit korrigieren die UN ihre Prognose für 2100 um 6 % bzw. 700 Millionen Menschen nach unten, im Vergleich zu der vor zehn Jahren veröffentlichten Vorhersage. Dennoch werden ökologische Faktoren, die das Bevölkerungswachstum bremsen, weiterhin nicht berücksichtigt. Die Länder mit Bevölkerungsrückgang machen gegenwärtig mehr als ein Viertel oder 28 % der Weltbevölkerung aus. Die steigende Lebenserwartung (im Jahr 2054 wird sie 77,4 Jahre betragen) wird dazu führen, dass Ende

2070 die Zahl der Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber 2,2 Milliarden betragen wird. Sie wird damit die Zahl der Kinder (unter 18 Jahren) erstmals übersteigen.

- UN: World Population Prospects 2024; Summary of Results

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
12. August 2024	International Youth Day	UN
30. August 2024	International Day of the Victims of Enforced Disappearances	UN
24-27. Sept. 2024, Warschau und online	18th International Conference "Keeping Children and Young People Safe Online"	Polish Safer Internet Centre (PCPSI)
25. September 2024, Vilnius	Work-Life Balance Strategies in Family Policy	COFACE Families Europe
26. September 2024, online	Ageism and the next EU Agenda (Citizen Workshop)	Population Europe
9. Oktober 2024, Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Rolle der kommunalen Ebene bei der Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF
15. Oktober 2024, online	COFACE working group on transnational families	COFACE Families Europe
17. Oktober 2024, Berlin	Care-Verantwortungen in transnationalen Familien	AGF, DeZIM und TraFaDy
24. Oktober 2024, Brüssel	European Round Table – Family carers in Europe today: state of play	COFACE Families Europe und European Committee of the Regions
14.-16. November 2024, Malta	2024 ICCFR Conference: Intergenerational Perspectives in Families – Challenges and Opportunities	ICCFR
6.-7. Februar 2025, Malta	1st International Conference on Strong Blended Families	The Malta Foundation for the Wellbeing of Society und University of Malta
6.-8. März 2025, Wuppertal	30. Jahrestagung der GAIMH – Gemeinsam stark: Förderung von Bindung und Autonomie	German Speaking Association for Infant Mental Health

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken

(FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.

70 JAHRE AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend